



Digitalisierung, Europapolitik, Regulierung

Digitalisierung: EU rudert zurück – *und die Schweiz bald gegen den Strom?*

26.11.2025

Auf einen Blick

- Der **Digitale Omnibus** bündelt als neues EU-Reformpaket diverse Digitalgesetze, um bürokratische Hürden abzubauen und Innovationen durch klare Regeln zu fördern.
- Dieser **regulatorische Kurswechsel** erhöht den Druck auf die Schweiz, ihre eigenen Rahmenbedingungen, insbesondere bei KI, digitalen Behördengängen und Interoperabilität, strategisch zu schärfen.
- Um im **Standortwettbewerb** attraktiv zu bleiben und Nachteile für heimische Unternehmen zu vermeiden, muss die Schweiz sicherstellen, dass ihre nationalen Regeln nicht restriktiver oder komplizierter sind als der neue EU-Standard.

Die Europäische Kommission hat mit dem Digitalen Omnibus ein klares Signal gesetzt: Nach Jahren regulatorischer Expansion folgt nun eine Phase der Entlastung. Ziel ist es, Doppelspurigkeiten zu beseitigen, Regeln zu harmonisieren und Abläufe zu vereinfachen. Damit anerkennt die EU, dass überbordende Regulierung die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Für Unternehmen bedeutet das: weniger Bürokratie und dadurch weniger unnötige administrative Leerläufe.

Die Anpassungen haben es durchaus in sich: Verlängerung der Umsetzungsfristen für Hochrisiko-KI-Systeme, die Datenbearbeitung wurde dereguliert, ein zentrales Meldeportal für Cybersicherheit sowie die Bündelung von Datenregeln im Data Act. Zudem wird ein European Business-Wallet etabliert, welches grenzüberschreitende Prozesse massiv vereinfachen soll. Den Unternehmen winken dadurch Einsparungen von bis zu 150 Milliarden Euro jährlich.

Doch was heisst das für die Schweiz? Hier fehlt das Bewusstsein für die Tragweite dieser Schritte. Während die EU ihre Regulierung entschlackt, droht die Schweiz mit voreiligen Vorstössen eine regulatorische Insellösung zu schaffen. Wer jetzt strenger reguliert als die EU, riskiert Standortnachteile. Wenn die EU-Spielräume öffnet und gleichzeitig klare Pflichten definiert, darf die Schweiz nicht restriktiver sein.

Die Lehren sind eindeutig:

- **KI-Regulierung.** Keine Übernahme europäischer Sonderlasten. Eine zu breit gefasste Regulierung würde junge Unternehmen ausbremsen und neue Modelle verhindern.
- **Plattformregulierung.** Es braucht Mass, Pragmatismus und Rechtsklarheit, um nicht unnötig Hürden für digitale Geschäftsmodelle zu schaffen.
- **Digitale Souveränität.** Eine strategische, international anschlussfähige Ausrichtung ist nötig. Verzettlung wäre ein Wettbewerbsrisiko.
- **Interoperabilität und One-Stop-Government.** Ohne durchgängig funktionierende digitale Verwaltung verliert die Schweiz an Attraktivität.

Folgende Beispiele zeigen, dass die Zeit drängt: Während die EU ein Business-Wallet einführt, kämpfen Schweizer Firmen mit kantonalen

Login-Systemen. Firmen geben hierzulande fast jeden zweiten Franken Tech-Budget für Compliance aus. Wer nicht will, dass der Standort Schweiz an Attraktivität verliert, muss hier ansetzen.

Mit den Entwicklungen in der EU im Rücken, darf die Schweiz bei der Regulierung des digitalen Raums nicht aufs Gas treten. Vielmehr soll sie kontrolliert auf die Bremse treten. Entscheidend ist die Sicherung verlässlicher, wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen kombiniert mit regulatorischer Zurückhaltung. Denn Regulierung ist kein Innovationsmotor, sondern oft ein Bremsklotz. Der digitale Standortvorteil – die Schweiz führt 2025 den IMD Digital Competitiveness Index an – ist kein Naturgesetz. Er beruht auf klugen Entscheidungen und pragmatischer Politik. Diesen Kurs müssen wir zielgerichtet fortsetzen.



Angela Anthamatten

Stv. Bereichsleiterin Wettbewerb & Regulatorisches



David Stauffacher

Projektleiter Infrastruktur und Digitales